

## **Hilfsorganisationen fordern von der Biden-Administration die Rücknahme der Einstufung von Ansar Allah als terroristische Organisation**

**24. Januar 2021 - Zweiundzwanzig im Jemen tätige Hilfsorganisationen sind weiterhin äußerst besorgt über die humanitären Folgen der am 19. Januar in Kraft getretenen Einstufung von Ansar Allah sowohl als "Foreign Terrorist Organisation (FTO)" als auch "Specially Designated Global Terrorists (SDGT)". Diese Einstufung kommt zu einer Zeit, in der eine Hungersnot eine sehr reale Bedrohung für ein Land darstellt, das durch sechs Jahre Konflikt verwüstet wurde, und sie muss sofort widerrufen werden. Jede Beeinträchtigung der lebensrettenden Hilfsmaßnahmen und der kommerziellen Importe von Lebensmitteln, Treibstoff, Medikamenten und anderen lebenswichtigen Gütern wird das Leben von Millionen von Menschen gefährden.**

Die vier von der US-Regierung erteilten allgemeinen Ausnahmegenehmigungen sollen den weiteren Fluss von Hilfsgütern in den Jemen ermöglichen und zielen darauf ab, die Auswirkungen der Erklärung abzumildern, indem sie für humanitäre Organisationen und einige kommerzielle Importen weitreichende Ausnahmen vorsehen. Die rechtlichen Implikationen der Einstufung und ihre Auswirkungen auf unsere Arbeit vor Ort müssen noch vollständig geklärt und verstanden werden. Es ist jedoch bereits jetzt klar, dass die Einstufung, selbst bezüglich der erteilten Genehmigungen und Ausnahmen für die humanitäre Arbeit, schwerwiegende Auswirkungen haben wird, die zu Verzögerungen und Unsicherheiten bei der Bereitstellung von Hilfe führen und die Arbeit im Jemen noch weiter erschweren werden; dies gilt insbesondere für die von Ansar Allah de facto kontrollierten Gebiete, in denen die meisten Menschen in Not leben.

Neben der mangelnden Klarheit bezüglich der durch die Ausnahmen erlaubten humanitären Aktivitäten haben wir große Bedenken, dass die erteilten Ausnahmegenehmigungen den kommerziellen Bereich nicht ausreichend abdecken. Dies wird zu Beeinträchtigungen führen, da die Genehmigungen und die dazugehörigen Ausführungen keine ausreichenden Garantien für internationale Banken, Schifffahrtsunternehmen und Lieferanten bieten, die damit Gefahr laufen, mit der US-amerikanischen Gesetzgebung in Konflikt zu geraten. Infolgedessen werden viele Vertreter des kommerziellen Sektors wahrscheinlich das Risiko als zu hoch empfinden, weiterhin im Jemen zu arbeiten. Jemenitische Importunternehmen, die 80 bis 90 Prozent der Lebensmittel, Treibstoffe und Medikamente des Landes einführen, warnen bereits, dass sie ihre Geschäfte unter Umständen einstellen müssen. Von entscheidender Bedeutung ist, dass dies die Preise für Lebensmittel, Treibstoff und andere Waren des täglichen Gebrauchs in die Höhe treiben und diese lebenswichtigen Güter für die Menschen noch unerschwinglicher machen wird – und dies in einem Land, in dem 16 Millionen Menschen bereits jetzt kurz vor dem Verhungern stehen. Die Störungen im Handelssektor und die erhöhten Preise werden sich auch auf humanitäre Programme auswirken, da die Hilfsorganisationen auf die lokalen Märkte angewiesen sind, um Waren zu beschaffen und im ganzen Land zu verteilen. Beispielsweise werden weitere Unterbrechungen der Treibstoffimporte die seit langem andauernde Treibstoffkrise im Land verschärfen und die Versorgung mit sauberem Wasser, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Landwirtschaft, die Stromversorgung durch Generatoren in den Krankenhäusern und andere humanitäre Dienstleistungen beeinträchtigen. Hilfsorganisationen können diese Lücke nicht füllen oder den kommerziellen Sektor ersetzen, selbst wenn

es entsprechende Genehmigungen oder andere Ausnahmeregelungen gäbe: Das Ausmaß der Folgen wäre schlicht zu groß.

Die jemenitische Wirtschaft erlebt derzeit eine Inflation auf Rekordniveau und Covid-19 hat die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zusätzlich stark beeinträchtigt. Die Einstufung von Ansar Allah als terroristische Organisation wird voraussichtlich ähnlich wie in anderen Kontexten, in denen solche Maßnahmen getroffen worden sind, dazu führen, dass Banken keine Kredite mehr vergeben und keine Finanzdienstleistungen für den Jemen mehr anbieten werden. Jemenit\*innen, die im Ausland arbeiten und Geld nach Hause zu ihren Familien schicken, werden es schwer haben, dies über formelle Kanäle zu tun. Doch diese Rücküberweisungen sind eine wichtige Lebensader: Bis zu zehn Prozent aller Jemenit\*innen sind auf sie angewiesen, um ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse zu decken. Sie stellen die größte Devisenquelle des Landes dar und machen bis zu 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Der ohnehin schon eingeschränkte Zugang des Jemen zu Devisen wird damit weiter bedroht, was den Import von Gütern noch schwieriger machen und die Inflation weiter antreiben wird. Humanitäre Organisationen befürchten, dass es durch die Einstufung noch schwieriger werden wird, auf Finanzdienstleistungen zuzugreifen, Geld in den Jemen zu überweisen, Banküberweisungen zu tätigen, die Gehälter der Mitarbeitenden zu zahlen und Programme für Bargeldhilfen durchzuführen, die jedoch einen maßgeblichen Anteil der Maßnahmen zur Ernährungssicherung im Jemen ausmachen. Humanitäre Ausnahmeregelungen werden das Land nicht vor einem weiteren großen wirtschaftlichen Schock schützen können, und dies zu einer Zeit, in der die Menschen bereits jetzt täglich darum kämpfen, über die Runden zu kommen.

Aus diesem Grund fordern wir heute in einem beispiellosen, gemeinsamen Aufruf die Regierung Biden dazu auf, die Terror-Einstufung unverzüglich zu widerrufen. Die Hilfsorganisationen schließen sich damit den eindringlichen Forderungen hochrangiger Vertreter\*innen der Vereinten Nationen in der VN-Sicherheitsratssitzung zum Jemen am 14. Januar an. Der Widerruf ist der einzig wirksame Weg, um die jemenitische Zivilbevölkerung vor den potenziell katastrophalen humanitären Auswirkungen zu schützen, die diese Maßnahme verursachen wird.

Die Einstufung von Ansar Allah als terroristische Organisation wird zudem wahrscheinlich den von den Vereinten Nationen geführten Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts schaden, wie Martin Griffiths in seinem Briefing im VN-Sicherheitsrat warnte. Durch die Unterstützung des VN-geführten Friedensprozesses - der einzigen nachhaltigen Lösung für die Krise im Jemen - hat die neue Biden-Administration immer noch die Chance, den mit der Einstufung eingeschlagenen Kurs umzukehren und stattdessen die Kriegsparteien und die internationale Gemeinschaft dafür zu mobilisieren, den Konflikt und das Leid zu beenden.

## **UNTERZEICHNENDE**

ACTED

Aktion gegen den Hunger

ADRA

CARE

Danish Refugee Council

Diakonie Katastrophenhilfe

Direct Aid

Global Communities  
HALO Trust  
Handicap International – Humanity & Inclusion  
International Medical Corps  
IRC Deutschland  
INTERSOS  
Islamic Relief  
Ärzte der Welt  
Mercy Corps  
NRC Flüchtlingshilfe  
Oxfam  
Première Urgence - Aide Médicale Internationale  
Relief International  
Save the Children  
Search for Common Ground